

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Restauration oder Neubeginn?: Deutschland 1945-1949

L 76: Demokratie und Sozialismus - politische und literarische Beiträge

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1979) : Restauration oder Neubeginn?: Deutschland 1945-1949, L 76: Demokratie und Sozialismus - politische und literarische Beiträge, ISSN 0343-3978, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M., Vol. 4, Iss. 11, pp. 112-136

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112335>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

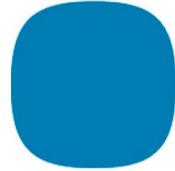
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Restauration oder Neubeginn?

Deutschland 1945–1949

In diesem Jahr besteht die Bundesrepublik drei Jahrzehnte, das ist schon doppelt so lange wie die Weimarer Republik. Die Beurteilung ihrer Geschichte ist so kontrovers wie die Beurteilung ihrer zukünftigen Chancen und Gefahren. Beides hängt zusammen. Oft läßt sich die grundsätzliche Stellung, die jemand gegenüber Gegenwart und Zukunft der Bundesrepublik einnimmt, an seiner Beurteilung der »Gründerjahre« 1945–49 erkennen. Die Kontroverse über Verlust und Wiederherstellung der nationalen Einheit ist in den Hintergrund getreten. Ins Zentrum rückte die Kontroverse über den Stellenwert der Nachkriegszeit innerhalb der längerfristigen Geschichte von Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. Zwei gegensätzliche Hauptpositionen lassen sich unterscheiden:

Da ist zum einen die Restaurationsthese. Sie gab es schon vor der Bundesrepublik. Schon im Herbst 1946 bedauerte der Schriftsteller Hans Werner Richter, daß die mögliche und notwendige Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland nach dem Zusammenbruch versäumt worden sei. »Deutschland ist ein Land der halben und niemals beendeten Revolutionen . . .« Nach Kriegsende »ist nicht etwa, wie es doch zu erwarten war, eine Revolution über dieses Land hingegangen, sondern hat lediglich eine behördlich genehmigte Restauration stattgefunden«.¹ Seitdem begleitet der Restaurationsvorwurf die Entwicklung der Bundesrepublik. Heute ist er ein Kernstück so mancher Kritik an unserer Gesellschaft, vor allem in ihrer marxistischen Form. So liest man in einem weit verbreiteten Taschenbuch: »In die Zeit von 1928 bis 1949 fallen zwei entscheidende Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse. Der Sieg des Faschismus 1933 führte große Teile ihrer Organisationen SPD und KPD in die Konzentrationslager, das Proletariat selbst auf die Schlachtbank des Zweiten Weltkriegs . . . Die zweite . . . Niederlage war mit der Proklamation der BRD als bürgerlich-parlamentarisch verfaßtem deutschen Teilstaat angezeigt: Untätig und zersplittert, nahm die Arbeiterklasse die Ratifikation der von den

¹ Hans Werner Richter in der Zeitschrift »Der Ruf« am 15. 11. 1946 und 15. 1. 1947.

Westalliierten betriebenen Restauration eines spätkapitalistischen Systems hin, das dem von Weimar gar nicht so unähnlich war.«² In der Konsequenz dieses Arguments liegt dann häufig die Behauptung, daß die wirtschaftliche und gesellschaftliche Konstellation, die den Nationalsozialismus hervorgebracht habe, in der Bundesrepublik im Grundsatz weiterbestehe. Faschismusanalyse, Beurteilung der »Gründerjahre« und Gegenwartsverständnis verschränken sich.

Dasselbe gilt für die wichtigste Gegenposition, jedoch mit anderem Inhalt und anderem Ergebnis. Sie wurde am klarsten um 1960 von dem liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf formuliert. Er meinte, daß Hitlerdiktatur, Krieg und Zusammenbruch wie eine teils gewollte, teils ungewollte Revolution gewirkt hätten. Feudale, obrigkeitsstaatliche und illiberale Traditionen in Gesellschaft, Staat und Kultur seien durch jene »Revolution« vernichtet oder doch sehr geschwächt worden. Damit seien gerade jene gesellschaftlichen Bedingungen, die den Faschismus in Deutschland im Unterschied zu anderen kapitalistisch-bürgerlichen Systemen ermöglicht hatten, durch Sieg und Niederlage eben dieses Faschismus zerstört worden. Der sozialdemokratische Theoretiker Richard Löwenthal schließt sich im Grundsatz an und schreibt in seinem Rückblick nach 25 Jahren Bundesrepublik: »In Wirklichkeit waren Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik etwas völlig Neues nicht nur gegenüber der untergegangenen Hitlerdiktatur, sondern auch gegenüber der Weimarer Republik und dem Kaiserreich . . . Zum ersten Mal entstand auf deutschem Boden, auf dem Hintergrund einer liberalen Staats- und Wirtschaftsordnung, eine im westlichen Sinne bürgerliche Lebensform, gleich weit entfernt vom hierarchischen Untertanengeist der Wilhelminischen Ära und von der formlosen Gärung der Weimarer Zeit.«³

Was spricht für die Restaurations-, was für die Neubeginn-These? Welche Kontinuität verbindet die Nachkriegszeit mit den Jahren und Jahrzehnten davor? Welche Brüche und Diskontinuitäten traten auf und wodurch? Hielt die Zeit radikalere Wandlungen als Möglichkeiten bereit, die nur nicht wahrgenommen wurden? Welche Chancen wurden verpaßt, welche Gefahren vermieden? Was war bedeutsamer: Kontinuität oder Diskontinuität, Restauration oder Neubeginn? Wir interessieren uns vor allem für den Weg vom Reich zur Bundesrepublik, doch wird man von der DDR nicht völlig absehen können.

2 E.-U. Huster u. a., »Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949«, Frankfurt 1972.

3 Richard Löwenthal und H.-P. Schwarz (Hrsg.), »Die zweite Republik«, Stuttgart 1974.

I.

»Ich war entschlossen, keine halben Dinge zu machen, sondern ich war entschlossen, diesmal alles auf eine Karte zu setzen. – Nicht um ein System handelt es sich, sondern es handelt sich darum, ob diese 85 Millionen Menschen in ihrer nationalen Geschlossenheit ihren Lebensanspruch durchsetzen können oder nicht. Wenn ja, dann gehört diesem Volk die Zukunft Europas. Wenn nein, dann wird dieses Volk vergehen, dann wird es zurücksinken, und es wird nicht mehr lohnend sein, in diesem Volk dann zu leben!« Was Hitler in seiner Sportpalast-Rede am 16. Dezember 1940 als zweite ungeheuerliche Möglichkeit ankündigte, schien im Mai 1945 Wirklichkeit zu werden. Bedingungslose Übergabe setzten die Alliierten durch, nicht nur in militärischer, sondern auch in staatlich-politischer Hinsicht. Der totale Krieg zog die totale Niederlage nach sich. Die Besiegten hatten die Souveränität über Territorium und Bevölkerung an die Sieger abzugeben. Das war ein historisches und völkerrechtliches Novum. »Tabula rasa« sollte gemacht werden. Ausrottung des Nazismus, Entschädigung der Sieger, langfristige Kontrolle und Vorbereitung einer demokratischen Neuordnung – das waren die alliierten Ziele. Mit dem Verlust seiner Handlungsfähigkeit war das 1871 gegründete Deutsche Reich, historisch-politisch gesehen, am Ende, was immer spätere völker- und staatsrechtliche Konstruktionen auch behaupten würden. Was an Behörden auf lokaler Ebene weiterarbeitete, tat dies im Auftrag und unter den Anordnungen der Besatzungsmacht.

Die zeitgenössische Formel von der »Stunde Null« signalisiert aber mehr als das staatliche und militärische Ende. Sie signalisiert nämlich auch das Ende oder doch die tiefe Infragestellung einer Vielzahl von sozialen Beziehungen, Verhaltensweisen, Einstellungen und Werten. Viele der Überlebenden hatten Gewalt und massenhaften Tod kennengelernt, an der Front, in den Konzentrationslagern, im Bombenkrieg der Städte, bei den Vertreibungen. Dies bedeutete viel für Mitglieder einer Zivilisation, die den Tod in der Regel ganz an den Rand ihres Erfahrungsbereichs abdrängt. 1946 standen für 14 Millionen Haushaltungen nur 8 Millionen Wohnungen zur Verfügung, von diesen viele beschädigt. In den Großstädten war mehr als die Hälfte des Wohnraumbestandes zerstört. Obdachlosigkeit wurde zum Massenphänomen. 1946 zählte man in den vier Besatzungszonen fast 10 Millionen Vertriebene; jeder achte Einwohner der Westzonen hatte dieses Schicksal hinter sich. Vertreibung und Flucht warfen viele aus ihrer Bahn, führten zu sozialem Abstieg, manchmal aber auch zum Aufstieg in einem Ausmaß, das sonst unwahrscheinlich gewesen wäre. 2 Millionen waren in Gefangenschaft, 1,6 Millionen vermißt. Im Oktober 1946 lagen beim Roten Kreuz und ähnlichen Stellen fast 10 Millionen Suchanträge.

Individuen wurden aus sozialen Bezügen gelöst, aus Betrieben, Gemeinden, Vereinen, Verwandtschaften; am ehesten hielt die Familie, obwohl auch sie oft zerriß. Die Sozialbeziehungen wurden kleinräumiger, Naturaltausch ersetzte zum Teil die Geldwirtschaft, Informationen waren knapp; man plante nur noch über kurze Zeiträume voraus. Man lebte in einer Art Ausnahmesituation. Die Not war groß, besonders in den Städten. In Köln besaßen Ende 1945 nur 12% der Kinder das altersmäßige Normalgewicht. Das Durchschnittsgewicht von männlichen Erwachsenen lag Mitte 1946 in der amerikanischen Zone bei ca. 51 Kilo. In Hamburg litten Ende 1946 über 100 000 Personen an Hungerödemen. Von dort berichtete der Schriftsteller Hans-Erich Nossack Ende 1945: »Vor allem ist da aber die Kälte, die Gedanken verwirren sich darüber . . . Die meisten Menschen laufen mit geschwollenen Fingern und offenen Wunden umher, und es lähmt alle Tätigkeit . . . Von 8 bis 3 Uhr halte ich im Geschäft aus, – erst ab 3 Uhr gehn die Verkehrsmittel wieder, – bin dann aber auch so erfroren, zumal ich nur zwei Scheiben trockenes Brot mitnehmen kann. Und dann beginnt ein harter Kampf um die U-Bahn. Inzwischen hat meine Frau morgens Stunden gegeben, eilt mittags eine Stunde weit, um das Essen aus der Volksküche zu holen, worauf wir mangels Gas, Elektrizität und Kochgelegenheit angewiesen sind, obwohl die meisten Lebensmittelmarken dabei drauf gehn . . . Zwischen 5 und 6 Uhr versuche ich zu schlafen, um einen Vorhang vor den bisherigen Tag zu ziehen und die fehlenden Kalorien gleichzeitig zu ersetzen. Später nehmen wir noch etwas Teeartiges und einen kleinen Imbiß zu uns, und sitzen uns dann, wenn nicht gerade Besuch verabredet ist, arbeitend bei einer 15 Watt-Kerze gegenüber. Um 10 Uhr heult die Sirene 3mal, um 10¼ zweimal und 10½ einmal; dann ist, wie es hier heißt »curfew«, also Ausgehverbot. Ich selber sitze meist in Decken gehüllt noch bis 1 Uhr auf, um dann erfroren ins Bett zu kriechen.«⁴ Die Entstehung öffentlicher Tugenden wurde durch diese Erfahrungen kaum gefördert. Man war froh, im Alltag und im kleinsten Kreis durchzukommen. Der Zusammenbruch war, ähnlich wie die Machtergreifung zwölf Jahre zuvor, keine gute Gelegenheit, sein politisch-moralisches Rückgrat zu beweisen, Identität zu stärken und Grundsätze zu verteidigen. Die einziehenden Alliierten wie auch die Deutschen, die jetzt aus den Gefängnissen, den Lagern oder aus der Emigration zurückkehrten, vermerkten verwundert oder auch bitter, wie eifrig alle beteuerten, eigentlich von nichts gewußt zu haben. »Wenn man sie so reden hört, muß man glauben, daß der einzige Nazi in Deutschland Adolf Hitler gewesen sei«, meinte der

⁴ Zitiert nach »Als der Krieg zu Ende war«, Literarisch-politische Publizistik 1945–1950, Stuttgart 1973, S. 91. (Katalog der Marbacher Ausstellung.)

aus der Emigration zurückkehrende SPD-Politiker Kurt Schumacher im Sommer 1945.

Sicher war das System durch seinen so sichtbaren Mißerfolg, seine jetzt umfassend bekannt werdenden Verbrechen und die erbärmlichen Reaktionen seiner Führer zutiefst diskreditiert, und die Abwendung vieler geschah aus Überzeugung. Schließlich hatte der Spuk ja auch nicht 1000, sondern nur 12 Jahre gewährt; auch damit hing es zusammen, daß entgegen den Erwartungen der Sieger keine nazistische »résistance«, keine braune Guerilla entstand. Doch viele wandten sich vom Nationalsozialismus nur aus Opportunismus ab, oder dem Zwang der Verhältnisse folgend. Viele tarnten sich und verleugneten ihre Vergangenheit, reagierten mit Zynismus, mit Verachtung gegen sich selbst und die andern. Würdelose Anbiederung an die neuen Machthaber war nicht selten. Andere erkannten wie der Historiker Friedrich Meinecke: »Es ist demütigend genug für uns, daß es erst eines verlorenen Krieges bedurfte, um den Bann der Partei zu brechen.«⁵

Sicher verspürten auch viele die Erleichterung, noch einmal davon gekommen, vom Krieg und vom gefährlichen Druck der Diktatur befreit zu sein; es gab neue Erfahrungen der Solidarität und Gemeinsamkeit über traditionelle Barrieren hinweg; viele Regeln, Konventionen und zivilisatorische Zwänge waren von der Not außer Kraft gesetzt. Das hatte auch seine Reize. Doch wichtiger war, was Schumacher im Sommer 1945 so formulierte: »Größer noch als das Trümmerfeld der Wirtschaft, als das Elend und die Trauer um die sinnlos Gestorbenen, ist das geistige und moralische Trümmerfeld, das die Nazis hinterlassen haben.«

Vor materiellen und geistigen Trümmern meinten viele, an einem Nullpunkt zu stehen, den Zwängen der Geschichte entgehen zu können und mehr als normale Gestaltungsfreiheit zu haben. Die von jungen Intellektuellen publizierte Zeitschrift »Der Ruf« drückte diese Aufbruchsstimmung noch am 1. Oktober 1946 so aus: »Die Staatsschiffe der Gegenwart gleichen den Kauffahrteifahrern des 16. Jahrhunderts. Sie sind mit dem ganzen Ballast der Vergangenheit belastet. Sie navigieren nur schwerfällig, und jede Kursänderung bereitet unendliche Schwierigkeiten. In Deutschland ist das alles zerschlagen. Es hat weder einen Staat noch eine Wirtschaftsordnung. Die junge Generation kann ganz von vorn . . . beginnen . . . Sie braucht nicht umzubauen . . . Sie kann neu bauen.«

II.

Dies war ein Irrtum, eine Illusion. Denn von der Vergangenheit überlebte mehr in den Wirren der Gegenwart, um die Zukunft zu

5 »Als der Krieg zu Ende war«, S. 40.

prägen, als es in den Trümmern zunächst schien. Das galt vor allem für die Wirtschaftskraft und die Wirtschaftsordnung in den westlichen Besatzungszonen. Zwar lagen die größeren Städte in Trümmern. Auch das Verkehrssystem war zerbombt worden. Aber der Zerstörungsgrad der wichtigsten Industrien lag nur zwischen 10 und 20%; das war ungefähr soviel, wie im Krieg an Anlagen hinzugekommen war. Die Demontagen wirkten sich zwar voll auf die Ostzone aus; die im Krieg besonders stark zerstörte Sowjetunion entnahm hier bis 1954 Anlagen und laufende Produktion in Höhe von 60 Milliarden Mark. Der Gesamtwert der im Westen demontierten Anlagen hat aber nur 4 Milliarden Mark erreicht, die bald nachlassenden Zwangsexporte (vor allem an Rohstoffen) nicht gerechnet. Zwar hatten sich die Sieger auch und gerade für die Westzonen auf eine radikale Reduktion der deutschen Industriekapazität geeinigt. Man setzte Obergrenzen fest: noch 1946 wurde eine Begrenzung auf nur 50–55% des Vorkriegsstandes dekretiert. Das wirkte bedrohlich. Doch zunächst wurden diese Obergrenzen von der gelähmten Wirtschaftsproduktion ohnehin nicht erreicht. Bevor sie hinderlich wurden, revidierte man sie im Zuge der sich schon Ende 1945 ankündigenden und bis 1947 voll durchgesetzten, von Amerika initiierten neuen Politik, die auf schnellen Wirtschaftsaufbau im Westen Deutschlands und Europas abzielte.

Eine hochqualifizierte Arbeiterschaft stand ja ohnehin bereit, die sich durch den Flüchtlingsstrom weiter vermehrte. Nachdem die Lähmung der unmittelbaren Nachkriegszeit überwunden war, bedurfte es nur kräftiger Kapitalzufuhr, um den Nachteil der begrenzten Zerstörung zum Wachstum antreibenden Vorteil werden zu lassen – zumal gleichzeitig politische Wandlungen die Außenhandelsbeziehungen mit dem Westen normalisierten. Amerikanische Kredite, zum Teil im Rahmen des Marshall-Plans vom Juni 1947, die kapitalfreundliche Währungsreform vom Juni 1948, die nur bescheidenen Forderungen der Arbeiter, die Schlimmeres gewöhnt waren, und die staatlich geförderte unternehmerische Dynamik eines politisch wieder einmal enttäuschten Bürgertums – all das kam schließlich zusammen, um jenen Kapitalbedarf zu befriedigen. Das Wirtschaftswachstum, das schon vor der Währungsreform begann und den verschiedenen sozialen Gruppen sehr ungleich zugute kam, erschien den allermeisten sosehr als freudige Überraschung, daß sie vor der Bezeichnung »Wirtschaftswunder« nicht zurückschreckten, obwohl die Ökonomen – jedenfalls im nachhinein – nichts Wunderliches daran finden können.

Gegen das Wachstum der Wirtschaft an sich erhob sich natürlich keine Opposition. Umstritten war die Organisationsform: die kapitalistische Unternehmerwirtschaft. Deren Grundprinzipien – private, aus dem Eigentum folgende Verfügungsmacht über Kapital,

dezentralisierte Entscheidungen mit Profitorientierung, Marktbeziehungen und Lohnarbeit – hatten die deutsche Industrialisierung seit dem 19. Jahrhundert geprägt. Sowohl in Weimar-Deutschland wie auch im Dritten Reich hatte das kapitalistische System Bestand gehabt, obgleich seit 1936 und vor allem in der zweiten Phase des Kriegs sehr weitgehende Staatseingriffe die Dispositionsfreiheit der Unternehmer eingeengt hatten. Aber die Grundelemente der kapitalistischen Ordnung überlebten auch den Zusammenbruch und prägen das Wirtschaftssystem der Bundesrepublik bis heute.

Kurz nach dem Zusammenbruch hätte kaum jemand eine Wette auf den Fortbestand des kapitalistischen Wirtschaftssystems abgeschlossen. Antikapitalistische Bestrebungen und Stimmungen waren weit verbreitet, wenn auch vage und wenig entschieden. Intellektuelle und Politiker plädierten für irgendeine Form des Sozialismus oder der Gemeinwirtschaft, von den Kommunisten über die SPD und den starken linken Flügel der entstehenden CDU bis zu den christlichen und humanistischen Intellektuellen, die Zeitschriften wie »Der Ruf«, »Die Wandlung« oder »Frankfurter Hefte« herausgaben. Die Zielsetzungen variierten im einzelnen. Vielen schwebte – wenn auch meist nur sehr vage – vor, in einem wieder erstehenden deutschen Nationalstaat Demokratie und Sozialismus zu verschmelzen und damit einen Brückenschlag zwischen Ost und West zu bewerkstelligen. Mit Ausnahme der Kommunisten gingen die Befürworter von Sozialismus, Sozialisierung und Gemeinwirtschaft davon aus, daß Reformen in dieser Richtung die zu schaffende freiheitlich-demokratische Verfassungsordnung nicht in Frage stellen, sondern erst wirklich ausfüllen würden.

Der kleinste gemeinsame Nenner all dieser Gruppen war die sofortige Sozialisierung der Grundstoffindustrien. In der Regierungserklärung des ersten nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) hieß es noch am 17. Juni 1947: »Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt insbesondere für die Neuordnung unserer Wirtschaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich an seinen eigenen Gesetzen totgelaufen. Der natürliche Zweck der Wirtschaft, nämlich die Bedarfsdeckung des Volkes, wurde in sein Gegenteil verkehrt . . . Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutsche Grundstoffindustrie (Kohlenwirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinwirtschaft überführt wird. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals in den vorgenannten Betriebs- und Industriezweigen wird ausgeschlossen. Soweit im Zuge der Überführung

der vorgenannten Industriezweige in Gemeinwirtschaft und im Interesse des Allgemeinwohles Enteignungen erforderlich werden, erfolgt eine Entschädigung nach Maßgabe der künftigen Gesetzgebung und nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit. Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet.« Arnold sprach für eine Allparteienregierung.

Neben alten, in Deutschland immer lebendigen und 1933–45 keineswegs geschwächten antikapitalistischen Traditionen in den verschiedensten politischen Lagern stand hinter den vielfältigen und verbreiteten Sozialisierungswünschen vor allem zweierlei. Zum einen glaubten viele, daß der Kapitalismus eine entscheidende wirtschaftliche Verbesserung für die Bevölkerung nicht zuwege bringen würde und daß man sich schon deshalb in diesem zerrütteten und verarmten Land keine Privatunternehmerwirtschaft mehr leisten könne. Dieses mächtige antikapitalistische Motiv wurde schnell schwächer, als der Kapitalismus nach der Währungsreform 1948 zu zeigen begann, was er immer noch konnte, wenn es darum ging, Fleischtöpfe zu füllen. Zum anderen gab es grundsätzlichere Argumente für die Sozialisierung. Noch einmal Kurt Schumacher, der erste Vorsitzende der SPD nach dem Kriege. Im Sommer 1945 sagte er: »Das Monopolkapital hat Hitler zur Macht verholfen, und in seinem Auftrag hat er den großen Raubkrieg gegen Europa vorbereitet und geführt. Solange es in Deutschland möglich ist, daß sich große Vermögen in der Hand verantwortungsloser Privater sammeln können, ist die Demokratie nicht gesichert. Die ungeheure Wirtschaftskraft der Konzerne muß in die Hand der Allgemeinheit gelegt werden, sonst wirkt sie sich als politische Macht gegen den neuen Staat aus.«

Daß Hitler seine Raubkriege im Auftrag der großen Kapitalisten führte, wie Schumacher hier sagt, hat die historische Forschung nicht bestätigt. Daß der Faschismus und seine Erfolge in Deutschland mannigfaltige Ursachen hatten, wußte auch Schumacher. Doch daß die tiefe Krise des privatkapitalistischen Systems und die antidemokratische, antiparlamentarische und antisozialistische Politik der meisten Unternehmer großen Anteil am Sieg des Nationalsozialismus hatten, das ist nicht zu bezweifeln. Unbestreitbar ist auch, daß die großen Unternehmer unter der Nazi-Herrschaft weniger Einbußen an Einfluß und Lebenschancen erlitten als andere Klassen, etwa die Lohnarbeiterschaft. Bei vielen Menschen bestand ein Gespür für diese Zusammenhänge. Die »Antifaschistischen Ausschüsse« und Betriebskomitees – räteartige Spontangruppen im kurzen Machtvakuum des unmittelbaren Zusammenbruchs – dachten kaum an die Wiedererrichtung der diskreditierten Unternehmervirtschaft. Ende 1946 stimmten in Hessen 72% der Wähler für einen Verfassungsartikel, der die sofortige Sozialisierung der

Grundstoffindustrien, Banken und Versicherungen, der Energie-Wirtschaft und des Versicherungsgewerbes vorsah. Das waren sehr viel mehr Stimmen, als SPD und KPD zusammen bei Wahlen in Hessen und anderswo erhielten.

1946–48 waren also Mehrheiten für die Teilsozialisierung der deutschen Wirtschaft vorhanden. Zweifellos wäre dies auch mit den liberaldemokratischen Grundsätzen des 1948/49 entstehenden Grundgesetzes vereinbar gewesen. Ob dann ein ähnlich erfolgreiches Wirtschaftswachstum stattgefunden hätte, mag zumindest bezweifelt werden. Was im Gefolge der Verstaatlichung wichtiger Teile der westdeutschen Wirtschaft anders gelaufen wäre, kann niemand sagen.

Die Sozialisierungsversuche scheiterten vor allem an der amerikanischen Besatzungsmacht. Sie untersagte entsprechende Schritte, weil sie jenen von Schumacher und anderen betonten Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Demokratiegefährdung aufgrund von Erfahrungen im eigenen Land nicht sah; weil sie bald alles zu vermeiden versuchte, was die Effizienz der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen und damit dem amerikanischen Steuerzahler neue Lasten aufbürden würde – und eine Beschneidung privatwirtschaftlicher Initiativen, so fürchtete man, würde genau diese Auswirkungen haben; selbst Unternehmer mit prononcierter NS-Vergangenheit profitierten von dieser Befürchtung der Besatzungsmacht und ihrer insofern besonders inkonsequenten Entnazifizierungspolitik. Sozial und ideologisch bestanden viele Übereinstimmungen zwischen einflußreichen Teilen der amerikanischen Militärregierung und der deutschen Geschäftswelt, und diese nutzte das aus. Auch alliiertes Mißtrauen, ökonomische Macht in den Händen des eben noch bekämpften deutschen Staats zusammengeballt zu sehen, spielte eine Rolle.

Vor allem jedoch paßten Verwaltungswirtschaften – und die Teilsozialisierung erschien als Schritt auf diesem Weg – schlecht in die amerikanische Politik, je mehr sich diese in Konfrontation mit der Sowjetunion darauf einstellte, ein weltweites System möglichst liberalkapitalistischer Wirtschaftsbeziehungen und möglichst liberaldemokratischer Verfassungsverhältnisse abzustützen, um so den eigenen Interessen am besten zu entsprechen und eine weitere Ausdehnung des sowjetischen Einflusses zu verhindern. Aufgrund überragender ökonomischer Macht setzten die USA diese Politik allmählich bei den anderen westlichen Besatzungsmächten durch. Der amerikanische Militärgouverneur Lucius D. Clay, der Sozialisierungsgesetze ebenso wie einige ihm zu weitgehende Mitbestimmungsregelungen mit formalen Einwänden verhinderte oder besser hinausschob, machte seine Taktik ganz klar: »Die Zeit ist auf unserer Seite . . . Wenn wir daher die Angelegenheit hinauszögern

können, während die freie Unternehmerwirtschaft fortfährt zu arbeiten und wirtschaftliche Verbesserungen sich einstellen, dann wird sich die Frage dem deutschen Volk vielleicht gar nicht mehr stellen.«⁶

Er sollte Recht behalten. Doch ebenso entscheidend für das Scheitern der Sozialisierungspolitik war, daß man deutscherseits nicht wirklich darauf bestand. Als die Amerikaner den Parlamentarischen Rat (der vom September 1948 bis zum Mai 1949 in Bonn das Grundgesetz ausarbeitete) zu einem dezentralisierteren und föderalistischeren Verfassungssystem drängten, als dieser für richtig hielt, zeigte sich, daß sich entschlossene deutsche Mehrheiten gegen amerikanische Ansinnen *ein Stück weit* auch in wichtigen Punkten durchsetzen konnten. Amerikanische Interessenpolitik in Deutschland setzte nämlich langfristig die prinzipielle Zustimmung seitens deutscher Mehrheiten voraus, wenn sie erfolgreich sein wollte; dadurch unterschied sie sich sehr von der sowjetischen Deutschland-Politik. Deshalb ist es wahrscheinlich, daß einschneidende Wirtschaftsreformen – wenn auch sicher nicht ein ausgewachsenes sozialistisches System – auch gegen eine widerstrebende amerikanische Besatzungsmacht hätten durchgesetzt werden können, ohne eine prinzipielle Änderung der amerikanischen Politik auszulösen. Voraussetzung wäre gewesen, daß Mehrheiten auf deutscher Seite leidenschaftlich und lange genug darauf bestanden hätten. Zweifellos hätten die USA auch dann mit der Bundesrepublik ihren Handel treiben und in ihr auch dann ein Bollwerk ihres antisowjetischen Bündnissystems finden können, wenn dieser Staat einige sozialisierte Wirtschaftssektoren mehr gehabt hätte. Nur linke und rechte Dogmatiker sehen liberaldemokratische Institutionen und kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse in *so* enger Verknüpfung, daß nur das eine zusammen mit dem andern zu verteidigen, zu reformieren oder – zu beseitigen ist. In Wahrheit bestanden und bestehen Chancen zu verschiedenen Kombinationen.

Doch die Forderung nach einer deutlichen Modifikation des Kapitalismus wurde eben auch von deutscher Seite nur halbherzig betrieben. Für die meisten hatte das keine große Priorität. Überleben war wichtiger, Not bedeutete nicht Radikalisierung, und von Politik hatte man ohnehin genug. Soweit die noch nicht wieder organisierten Unternehmerinteressen vor allem in der CDU zum Zuge kamen, wirkten sie natürlich gegen solche grundlegenden Veränderungen. Und viele bezweifelten, daß primär das kapitalistische Wirtschaftssystem den Faschismus hervorgebracht habe; dessen Ursachen sahen sie eher in besonderen Gegebenheiten der deutschen

6 Siehe J. Gimbel, »Amerikanische Besatzungspolitik in Deutschland 1945–49«, Frankfurt 1971, S. 225.

Geschichte, zum Beispiel, wie Konrad Adenauer, in der Tradition der preußisch-deutschen Staatsvergötzung und des Militarismus. In der Tat hatten ja kapitalistische Wirtschaftsverhältnisse in den westlichen Demokratien nicht zum Faschismus geführt. In der damaligen Situation konnte aus solchen Überlegungen die Konsequenz gezogen werden, daß die Sozialisierung vielleicht doch nicht jene zentrale Vorbedingung einer freiheitlich-demokratischen Entwicklung sein würde, als die sie so häufig hingestellt wurde. Umgekehrt war die Erfahrung der stalinistischen Sowjetunion und ihrer Besatzungspolitik in der SBZ hautnah genug, um den Zeitgenossen ganz klar zu machen, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel *an sich* keineswegs demokratisierende Folgen haben muß, sondern ganz im Gegenteil. Freiheit bedrohen und Wohlstand erschweren kann.

All das erklärt mit, warum es einerseits in West-Deutschland nach 1945 zu einer grundsätzlichen Änderung der Wirtschaftsstruktur nicht gekommen ist, und warum andererseits diese kapitalistische Kontinuität nicht das entscheidende Moment ist, wenn man nach den Chancen der Demokratie in Deutschland fragt.

Was die Situation an Sozialisierungschancen dennoch bereitgehalten haben mag, ging zum einen verloren durch das relativ schwache Abschneiden der SPD in den Wahlen 1946/47. Starke antimarxistische Ressentiments wirkten sich dabei aus, die im Dritten Reich verstärkt worden waren und jetzt von der neuen bürgerlichen Sammelpartei, der CDU, geschickt ausgenützt wurden. Zum andern vergab die nicht notwendige Entscheidung der SPD, im Wirtschaftsrat der Bizone (Zusammenschluß der amerikanischen und der englischen Besatzungszonen) Mitte 1947 in die Opposition zu gehen, alle weiterbestehenden Chancen zur Einflußnahme. Hier wurde unter Leitung des Wirtschafts-Direktors Ludwig Erhard und mit Unterstützung der Amerikaner 1947/48 eine gemäßigt neoliberale marktwirtschaftliche Politik vorbereitet und eingeleitet, die, weil erfolgreich, die wirtschafts- und ordnungspolitischen Weichen schon gestellt hatte, als der erste Deutsche Bundestag im September 1949 zusammentrat.

Lediglich die britische Enteignungs- und Entflechtungspolitik in der Ruhr-Montan-Industrie hatte zu tiefergreifenden Strukturreformen geführt: Gewerkschaftliche Mitbestimmung entwickelte sich dort ab 1947 in den »entflochtenen«, d. h. aus ihren früheren Konzernbindungen gelösten Unternehmen. Sie wurde 1950/51 bei der Reprivatisierung dieser Unternehmen erfolgreich verteidigt, und dieser gewerkschaftliche Erfolg dürfte eine wichtige Voraussetzung dafür gewesen sein, daß ein Vierteljahrhundert später ähnliche Mitbestimmungsregelungen für alle Großunternehmen durchgesetzt werden konnten.

III.

Mindestens so wichtig wie die kapitalistische Kontinuität war die bürokratische. In Deutschland ging die Ausbildung öffentlicher Bürokratien der Industrialisierung, der Parlamentarisierung und der Demokratisierung voraus. Darin unterscheidet sich die deutsche Geschichte fundamental von Ländern wie England und USA. Revolutionen waren in Deutschland nicht zuletzt deshalb so schwach und erfolglos, weil bürokratische Reformen »von oben« einen Teil ihrer Ziele immer schon erfüllt hatten, wenn auch in obrigkeitstaatlicher Weise. Die Tradition des deutschen Berufsbeamtentums hat alle großen Einschnitte der neueren deutschen Geschichte relativ unerschüttert überstanden. In ihrer rechtlichen Grundstruktur, in ihren Verfahrensweisen und – nach kurzer Unterbrechung – auch in ihrer Zusammensetzung überstand die deutsche Bürokratie westlich der Elbe auch den Einschnitt von 1945, obwohl auch im Westen starke Kräfte auf eine radikale Reform drängten.

Die amerikanischen und britischen Besatzer kamen aus Ländern ohne festgefügtes Berufsbeamtentum. Besonders die Amerikaner tendierten dazu, die obrigkeitstaatlich-bürokratische Tradition Deutschlands für dessen illiberalen und undemokratischen Weg verantwortlich zu machen. Ein Zeitgenosse berichtet: »Den deutschen Beamten wurden u. a. Kommandopraxis und Kastengeist, blinder Gehorsam und unbesehene Gleichsetzung von Gesetz und Recht, fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter im öffentlichen Dienst und mangelnde Trennung von Beamten- und Abgeordnetenstellen zum Vorwurf gemacht.«⁷ Einige Unterstützung fanden die Alliierten mit ihrer Bürokratiekritik bei der deutschen Linken. Sie kehrte hervor, daß die Beamten trotz ihres Anspruchs auf Überparteilichkeit letztlich die Sache des Bürgertums, des Konservatismus oder der Reaktion betrieben, schon aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihrer Privilegien.

Die Entnazifizierung traf insbesondere das mittlere und höhere Beamtentum zunächst hart. So wurden z. B. in Hessen von den Personen, die im Mai 1945 im Dienst des Landes standen, aus politischen Gründen bis zum 1. Mai 1946 75% der Beamten, 34% der Angestellten und 15% der Arbeiter entlassen. Doch spätestens 1947 kehrte sich der Trend um. Die wieder steigenden Anforderungen der Verwaltung, der Mangel an unbelasteten qualifizierten Beamten, die innere Unsicherheit der Entnazifizierungspolitik, die zunehmende Entscheidungsmacht der deutschen Stellen und die auf raschen Wiederaufbau gerichtete Besatzungspolitik führten zur Wiedereinstellung der meisten entlassenen Laufbahnbeamten. Diese personelle Restauration wurde auf der Grundlage des Arti-

7 T. Pünder, »Das bizonale Interregnum«, Waiblingen 1966, S. 169 f.

kels 131 des Grundgesetzes in den frühen 50er Jahren gründlich fortgesetzt. Anders in der SBZ: Dort war man bereit, lieber administrative Ineffizienz auf einige Jahre in Kauf zu nehmen, als ehemalige Nazis und Mitläufer wieder einzustellen.

Ähnlich erfolglos blieben alliierte Versuche, das Recht des Berufsbeamtentums zu reformieren. Die Angelsachsen wollten die rechtlichen Unterschiede zwischen Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes aufheben, die Anstellungs- und Beförderungspraxis entbürokratisieren und das Recht der Beamten zur politischen Betätigung einschränken. Die Bürokratie war stark und unersetzbar genug, um diesen Angriff auf ihre »wohlerworbenen Rechte« abzuwehren. Die damals verpaßte Reform des öffentlichen Dienstes konnte später erst recht nicht nachgeholt werden.

Der Schul- und Hochschulbereich machte den doppelten Restaura-tionsprozeß voll mit: institutionell wurde vorwiegend auf die Weimarer Situation zurückgegriffen, personell wurde auf eine klare Absetzung von der Nazi-Zeit nach kurzem verzichtet.

Sicher hatten Prestige und Selbstbewußtsein des Beamtentums im Dritten Reich gelitten; manche obrigkeitsstaatliche Fixierung mag in diesen Jahren geschwächt worden sein; der Korpsgeist des Beamtentums wurde gelockert; dem Durchbruch des demokratischen Parlamentarismus nach 1945 hat die Bürokratie keine Steine in den Weg gelegt; vor allem nach 1960 hat sie sich in Geist, Zusammensetzung und Funktion stark geändert und diesen Veränderungen keinen starken inneren Widerstand entgegengestellt.

Dennoch bedeutet diese bemerkenswerte Kontinuität des Beamtenapparats über den Einbruch von 1945 hinweg eine deutliche Anbindung der neuen Bundesrepublik an die Jahrzehnte davor, ganz im Unterschied zur DDR. Sozialkonservativer Geist und Stil drangen von hier aus in die Politik, Gesellschaft und Kultur der jungen Republik ein; vordemokratische Autoritätsmuster und illiberale Traditionen wurden auf diese Weise weitergereicht, allerdings auch Kompetenz und Leistungsfähigkeit der Verwaltung, die für das neue, labile Staatswesen unbezahlbar waren. All dies prägte den Stil und den Inhalt der jungen Republik sehr stark mit, denn es gibt gerade in Deutschland wenig Lebensbereiche, die von staatlich-bürokratischen Eingriffen und Beeinflussungen ganz frei sind.

Zweifellos bedeutete dieser Verzicht auf klare Grenzziehungen gegenüber der nationalsozialistischen Vergangenheit eine böse Belastung und schwere Bürde für das Selbstverständnis, die politische Moral, die Autorität und die Glaubwürdigkeit dieses neuen Staates – bis heute. Auf der anderen Seite ersparte sich die Bundesrepublik so die Entstehung eines belastenden Protestpotentials von degradierten Bürgern zweiter Klasse, mit denen sie als liberaler Rechtsstaat sehr viel weniger leicht fertig geworden wäre als die

DDR, die ihre Grenzen nach Westen zudem erst dann abriegelte, als die meisten ihrer ausgebooteten Nazis mit dem großen Flüchtlingsstrom in die auch in dieser Hinsicht großzügigere Bundesrepublik ausgewichen waren.

IV.

Daß der westdeutsche Verzicht auf eine gründlichere »Bewältigung der Vergangenheit« nicht schädlichere Auswirkungen hatte, lag vor allem daran, daß der Bundesrepublik in anderer Hinsicht wichtige Neuansätze glückten – zum Teil allerdings ohne ihr Zutun –, die den Einschnitt von 1945–49 letztlich doch tiefer erscheinen lassen als den von 1918 oder den von 1848 – trotz der bisher besprochenen Kontinuitäten.

1. Was die herrschenden Klassen in Deutschland von den herrschenden Klassen einer voll entwickelten bürgerlichen Gesellschaft vor allem unterschied, war bis 1933 die teils adlige, bevorrechtigte Großgrundbesitzerklasse (»Junker«) Ostelbiens gewesen, die der Demokratisierung von Gesellschaft und Staat seit dem 19. Jahrhundert verheimenten Widerstand entgegengesetzt und einen großen Beitrag zum Sieg des Nationalsozialismus geleistet hat. Diese Klasse hat 1945 aufgehört zu existieren.

Nicht nur die Sieger legten sich 1945 in Potsdam auf eine Bodenreform fest, die den Großgrundbesitz aufteilen sollte. In allen deutschen Parteien wurde sie vorübergehend gefordert. Sie unterblieb im Westen aus ähnlichen Gründen wie die Sozialisierung. Jedoch sie geschah dort, wo sich die ökonomische Basis der Junker befand: in der Ostzone und in den von Polen und Rußland annektierten deutschen Ostgebieten. Der Historiker Golo Mann schreibt dazu: »Der stärkste Träger der alten Autorität, der preußische Adel ist damals dreimal ruiniert worden: Durch den Krieg, in dem Tausende seiner Mitglieder fielen; durch seinen Widerstand gegen Hitler, die Kette von Verschwörungen, in deren Folge er zu hunderten ausgerottet wurde, endlich durch Polen und Russen. Da wurden die Junker von ihren Gütern gejagt – wieviel umkamen, hat niemand gezählt – ihre Schlösser abgetragen, ihr Besitz verteilt. Die Überlebenden verschwanden in der Masse der Flüchtlinge aus dem Osten . . . Eine Tragödie, um so grausamer, weil sie so sehr spät kam, und die man in dem abgestumpften Wirrsal der ersten Nachkriegsjahre kaum auch nur bemerkte.«⁸ Dies trifft zu, doch zutreffend ist auch, daß seit 1945 diese Belastung der Demokratie in Deutschland nicht mehr besteht.

2. Eine zweite große Belastung der Demokratie in Deutschland stellte der Militarismus spätestens seit den Reichsgründungskriegen

⁸ In »Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«, Frankfurt 1958, S. 1027.

von 1866 und 1870/71 dar. Bis zum Ende der Weimarer Republik gelang es nicht, die Armee der zivilen Gewalt voll unterzuordnen. Der Eigenständigkeitsanspruch der militärischen Spitzen begrenzte die Parlamentarisierung in Deutschland. Unheilvolle Entwicklungen gingen von diesem »Staat im Staate« vor allem 1914–18 und in der Endphase der Weimarer Republik aus.

Was die Autonomiebestrebung des Militärs in der deutschen Verfassungsgeschichte, war das Überborden militärischer Wertvorstellungen, Stilelemente und Verhaltensformen in der deutschen Sozialgeschichte. Mehr als in den westlichen Ländern prägte das Leitbild des Offiziers große Teile des Bürgertums. Befehl und Gehorsam, Dienst, Pflicht und Treue rangierten höher auf der Wertskala als Gelassenheit und Toleranz, Kritik und Diskussion. Traditionsverbände, Burschenschaften und Korps vermittelten diese Tradition auch in der Weimarer Republik. Liberaldemokratische Tugenden entwickelten sich nur mühsam.

Die Nazi-Diktatur trieb diese militaristische Tradition auf die Spitze und dann in den Ruin. Was den zivilen Regierungen in Kaiserreich und Republik nicht gelungen war, Hitler gelang es: die Unterordnung des Generalstabs, seine Instrumentalisierung und personelle Umbildung in einem auch militärisch wahnwitzigen Krieg. Zum Blutzoll, den diese traditionale Führungsgruppe im Krieg und schließlich im späten Widerstand des 20. Juli 1944 zahlte, kam die ihren Nimbus kräftig zerstörende Niederlage. Zu Recht meinte später (am 12. 3. 1959) Theodor Heuss in einer Rede vor Leutnants und Fähnrichen der Bundeswehr: »Ich will ganz nüchtern im historischen Aspekt dieses sagen: eine eigenständige, eine autonome preußisch-deutsche Militärgeschichte ist zu Ende; sie gibt es nicht mehr.«

Dieser erste Bundespräsident, wie auch alle seine Nachfolger, symbolisierte, daß die Hypertrophie militärischer Werte, Umgangsformen und Verhaltensweisen in der bürgerlichen Gesellschaft des westlichen Deutschlands weitgehend ausgerottet ist. Auch aus den Hochschulen ist dieser unbürgerliche und antizivilistische Geist verschwunden. Trotz Kalten Kriegs und Wiederaufrüstung gehört der Militarismus – als Verfassungsproblem und als Belastung des sozialen Lebens – der Vergangenheit an. Ein teuer erkaufter, nicht zu unterschätzender Fortschritt, der die Bundesrepublik den westlichen Demokratien ähnlicher gemacht hat.

3. Die Spitzenpositionen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Kultur wurden, insgesamt gesehen, 1945–49 gründlicher umbesetzt bzw. neubesetzt als 1933 oder 1918/19. Am wenigsten galt das für die Kirchenleitungen und führenden Positionen an den Hochschulen; am deutlichsten wurde es in Regierung, Parlament und den Parteien. Im Vergleich dazu war der Wechsel in den

Spitzenpositionen der privaten Wirtschaft weder besonders stark noch besonders gering. Die Nazi-Elite wurde entmachtet. Rückgriffe auf das Führungspersonal vor 1933 waren häufig, vor allem in den Kirchen, im diplomatischen Dienst, in den neu entstehenden Gewerkschaften, in der SPD und den Verwaltungen. NS-Verfolgte und Emigranten rückten in bemerkenswertem Ausmaß in die neuen Führungspositionen ein, vor allem in der SPD, jedoch auch in den protestantischen Kirchen und im kulturellen Bereich.

Die tiefgreifende Schwächung, ja Zerstörung der so lange wirksamen feudalen und militärischen Traditionen spiegelte sich im Erscheinungsbild und im Verhalten der neuen Oberschichten. Die Zurückdrängung traditionaler Führungsgruppen – mit Ausnahme der leitenden Beamten – bedeutete einen Bodengewinn für Manager, Unternehmer und Financiers. Die Bourgeoisie gewann an Boden. Sie hatte in Deutschland nie jene überragende Rolle gespielt, die ihr die Theorie – und die Kritik – der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft zuschreiben. Mehr als je zuvor zählte jetzt individueller, vor allem wirtschaftlicher Erfolg, um Status und Einfluß zu gewinnen. Der so häufige Vorwurf des Materialismus trifft einen Teil dieses Sachverhalts; man muß aber zugleich sehen, daß dies auch eine Befreiung von alten Zwängen darstellte, einen Durchbruch an Bürgerlichkeit, der wahrscheinlich in einer anderen Wirtschaftsordnung nicht möglich gewesen wäre.

Dieser verspätete Durchbruch kapitalistisch-bürgerlicher Elemente in Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Kultur geschah allerdings unter Bedingungen, die sich von denen des 19. Jahrhunderts scharf unterscheiden: Staatlich-bürokratische Lenkung von wirtschaftlichen und sozialen Prozessen ist in vielen Bereichen absolut notwendig und überdies selbstverständlich. Kollektive, organisierte Interessenwahrnehmung hat die Konkurrenz der Individuen stark überlagert. Die Bedeutung der Interessenorganisationen ist so groß, daß die Bundesrepublik manchmal als »Verbändestaat« bezeichnet worden ist. In den großen privatwirtschaftlichen Unternehmen entscheiden nicht Einzelunternehmer vom Typus des alleinherrschenden Fabrikgründers der Industriellen Revolution, sondern angestellte Unternehmer (Manager) an der Spitze bürokratischer Apparate. Vielfach ist die organisatorische Verflechtung zwischen den großen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen, Verbänden und Staat. All dies unterscheidet sich sehr vom Modell eines möglichst staatsfreien Industriekapitalismus der individuellen Konkurrenz, das zwar nie und nirgends voll in die Wirklichkeit umgesetzt worden ist, aber dem doch die Realität vor hundert Jahren ähnlicher war als die heutige.

Solche Tendenzen zur zunehmenden Organisation und Bürokratisierung beobachten wir in allen fortgeschrittenen Industriestaaten

westlicher Prägung – und erst recht in denen östlicher Prägung, wenn auch mit spezifischen Unterschieden, die hier nicht zu diskutieren sind. Aber in Deutschland konnten sich diese Tendenzen besonders leicht und erfolgreich durchsetzen, denn hier konnten sie ja auf einer alten und starken bürokratischen Tradition aufbauen, die bei uns Wirtschaft und Gesellschaft immer schon stärker geprägt hat als in der angelsächsischen Welt.

Kapitalistisch-bürgerliche Prinzipien setzten sich deshalb nur gezähmt und gehemmt im Rahmen politisch-bürokratischer Gegengewichte und Begrenzungen durch. Das zeigt sich nicht nur an der großen Rolle des Staates bei der Gewährleistung wirtschaftlichen Wachstums und an der weit ausgedehnten Sozialpolitik. Es zeigt sich vielmehr auch an der Verteilung der Macht innerhalb der neuen herrschenden Klassen und am kapitalistisch-bürgerlich-bürokratischen Stil dieser Republik, der von einer hochkapitalistisch-darwinistischen Wildbahnatmosphäre ähnlich weit entfernt ist wie von der *Eingezwängtheit durchorganisierter Obrigkeitsstaaten alter und neuer Prägung*.

Ein ganz entscheidender soziopolitischer Neuanfang hängt mit dieser teuer erkauften Emanzipation von älteren halbbeudalen und militaristisch-obrigkeitsstaatlichen Traditionen zusammen. Um noch einmal Richard Löwenthal zu zitieren: »Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte akzeptieren die besitzenden Oberschichten und die beamteten Träger der staatlichen Exekutive, die in der Mehrheit der ersten deutschen Republik von Beginn an als Feinde gegenüberstanden hatten, die demokratischen Regeln mit gleicher Selbstverständlichkeit, wie dies in den alten angelsächsischen Demokratien der Fall ist.«

Ohne die blutige Lehre von NS-Diktatur, Krieg und Zusammenbruch wäre das wahrscheinlich nicht der Fall, allerdings vielleicht auch dann nicht, wenn die Strukturreformen nach 1945 radikaler ausgefallen wären. Hier liegt eine wichtige Erklärung für die Lebensfähigkeit der zweiten deutschen Demokratie, nachdem die erste nicht zuletzt an dem Haß und der Feindschaft von deutschen Oberschichten zugrunde gegangen ist.

4. Entsprechende, die Chancen der Demokratie erhöhende Veränderungen sind im Kleinbürgertum vor sich gegangen. Kleine Handwerker und Händler, kleine und mittlere Angestellte, kleine und mittlere Bauern waren vor 1933 unter den Anhängern des aufsteigenden Nationalsozialismus überproportional vertreten. Unter den wirtschaftlichen Krisen der Weimarer Republik hatten sie viel zu leiden. Doch das erklärt nicht alles. Ebenso wichtig waren die im deutschen »Mittelstand« lebendig gebliebenen Anschauungen und Ansprüche, die sich zum Teil an älteren, vorindustriellen Leitbildern orientierten und leicht in Konflikt mit der modernen Wirklich-

keit gerieten, so daß kollektive Unzufriedenheiten die Folge waren. An zünftig-ständischen Idealvorstellungen orientierten sich große Teile des Handwerks und forderten von der Obrigkeit Schutz gegen den scharfen Wind der modernen Konkurrenzwirtschaft, aber auch gegen die parlamentarischen Entscheidungsprozesse, in denen sie leicht unterlagen. – Nach standesgemäßen, beamtenähnlichen Lebensformen strebten die meisten Angestellten, die Handlungsgehilfen und Privatbeamten, wie sie lange genannt wurden. Sie strebten nach rechtlichen und sozialen Privilegien, durch die sie sich vom Proletariat, auf das sie mühsam herabzuschauen versuchten, möglichst klar absetzen wollten. – In diesen kleinbürgerlichen und angestellten Mittelschichten verband sich die Erinnerung an eine angeblich »gute alte Zeit« mit antikapitalistischen Ressentiments, antisozialistischem Haß und illiberaler Demokratieskepsis zu einem oft explosiven Gemisch. Daraus entstand die braune Protestbewegung Hitlers, die ja ebenfalls Antikapitalismus und Antisozialismus in demagogischer Mischung verband.

Sieg und Niederlage des Nationalsozialismus und die unmittelbare Nachkriegszeit haben manche unzeitgemäße Wunschvorstellung, manche pseudo-ständische Barriere, manchen Dünkel und manche Frontstellung abgebaut. Das schnelle Wachstum der folgenden Zeit und der Klimawechsel der 1960er Jahre wirkten in dieselbe Richtung. Natürlich gibt es weiter Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten. Doch anders als vor 1933 sind heute Angestellte zum großen Teil in Gewerkschaften organisiert, in denen auch Arbeiter Mitglieder sind und sogar die Mehrheit stellen. Die Lebensformen und das Wahlverhalten von Arbeitern und Angestellten sind ähnlicher geworden. Die einst zentrale Unterscheidung zwischen Arbeitern und Angestellten hat etwas an sozialer Bedeutung verloren. Bei den wenigen Versuchen, eine rechtsradikale Bewegung wiederzubeleben, so in der NPD der 1960er Jahre, waren Angestellte unterrepräsentiert. Es sieht so aus, als ob dieser zahlenmäßig so wichtige »neue Mittelstand« aufgehört hätte, ein herausgehobenes Potential für rechtsgerichtete Proteste zu sein, und diese Veränderung geht zum Teil auf den tiefen Umbruch zurück, den Diktatur, Krieg und Zusammenbruch darstellten.

5. Auch andere traditionell wirksame Spannungslinien und Konfliktfronten wurden durch die Erfahrung der Jahre 1933–1949 abgeschliffen oder geschwächt. Der konfessionelle Gegensatz verlor an Bedeutung, zumal ja auch durch die Teilung Deutschlands die Katholiken im Westen aus ihrer Minderheitsposition herauskamen und im Osten den Kirchen wenig Spielraum und Anlaß verblieb, ihre traditionellen Konflikte fortzusetzen.

Die ehemals so harte, steife Unterscheidungslinie zwischen Arbeiterschaft und bürgerlicher Gesellschaft ist unschärfer geworden.

Natürlich sind wir weit von der lange beschworenen »nivellierten Mittelstandsgesellschaft« und der Aufhebung des Klassengegengesatzes entfernt. Doch die Zerstörungen traditioneller Wohnsiedlungen, die erzwungenen Wanderungen, die gemeinsamen Erfahrungen von Unterdrückung und Not, die Unterbrechung des Einflusses der Arbeiterbewegung, die Sozialpolitik und zuletzt auch die Bildungs- und Schulreform haben bestimmte Entwicklungstendenzen verstärkt und beschleunigt, die ohnehin im schnellen Wandel moderner Industriegesellschaften angelegt sind: Heute finden wir in der Bundesrepublik nur noch wenig von jener diskriminierten und sich selbst abschottenden proletarischen Subkultur, die die deutsche Gesellschaft seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts so stark kennzeichnete.

All diese Unterschiede sind nicht vollkommen verschwunden; an ihre Stelle traten oft neue soziale Ungleichheiten, so etwa das miserable Getto der ausländischen Arbeiter anstelle des allgemeinproletarischen. Von bestimmten Gesichtspunkten her wird man jene Abschleifungen überdies als Verluste bedauern. Doch vor allem gilt, daß traditionelle Erstarrungen der deutschen Sozialstruktur gewaltsam aufgelockert und abgebaut worden sind, die die Chancen der Demokratie in Deutschland bis 1933 so beeinträchtigten. Erst diese Auflockerung der deutschen Sozialstruktur bildete die Voraussetzung für das neue Parteiensystem, das in den Gründerjahren nach 1945 entstand und sich bis heute als lebensfähig erwies.

Die Vertreter der Restaurationsthese übersehen zumeist, daß das so stabile viergliedrige deutsche Parteiensystem aus dem 19. Jahrhundert (Arbeiterparteien/katholisches Zentrum/Liberale/Konservative), das auch im Prinzip die Revolution von 1918/19 noch gut überstand, nach 1945 nicht wieder erstand und nicht wieder erstehen konnte. Die primär bürgerliche Sammelpartei der CDU/CSU stellte in dieser Hinsicht eine wichtige Neuheit dar, trotz der alten Traditionen des Antisozialismus, die sie rücksichtslos und lange erfolgreich fortgesetzt und benutzt hat.

Und auch die traditionsreiche Sozialdemokratie löste sich nach 1945 allmählich aus den Einschnürungen ihrer Vergangenheit: Sie überwand ihre tendenzielle Begrenzung auf die quantitativ stagnierende Lohnarbeiterschaft und öffnete sich den angestellten Mittelschichten. Entsprechende Wandlungen vollzogen sich auf ideologischem Gebiet. Schon 1945 formulierte Kurt Schumacher: »Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalyse, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist.«

Trotz der unterschiedlichen Zusammensetzung der beiden großen

Parteien haben beide eine politische und soziale Integrationskraft entwickelt, und zwar über die Neugründungsphase hinaus, die in der deutschen Parteigeschichte vor 1933 nichts Gleiches hat und den Erfolg dieser zweiten deutschen Demokratie miterklärt. Im Licht der Erfahrungen bis 1933 muten die häufigen Angriffe auf just diese Integrationsfähigkeit der großen Parteien ebenso merkwürdig an wie die neuerdings spürbaren Versuche, diese erfolgreiche Tradition durch Abspaltungen und Partei-Neugründungen rechts und links zu beenden.

6. Unrichtig ist es auch, das im Grundgesetz festgeschriebene Verfassungssystem als Ausdruck der Restauration zu begreifen. Nicht um die Wiedererrichtung, sondern um die Neuerrichtung eines funktionierenden parlamentarisch-demokratischen Verfassungssystems ging es, denn ein solches hatte es in der deutschen Geschichte noch nicht gegeben. Dies gelang auf der Grundlage einer schnell erreichten Übereinstimmung zwischen den westlichen Alliierten und fast allen politischen Kräften im westlichen Deutschland. Diese Übereinstimmung erklärt sich zum einen aus der Tiefe der Niederlage und der radikalen Diskreditierung des vorangehenden Systems; zum andern aus dem beginnenden Kalten Krieg. Entsprechend entstand die Verfassung der Bundesrepublik mit einer doppelten Frontstellung: in Absetzung von der Nazi-Vergangenheit und in Absetzung von der entstehenden Diktatur östlich der Elbe. Leider drängte die zweite Frontstellung die erste bald sehr deutlich in den Hintergrund. Gleich zu Beginn der ersten Regierungserklärung Bundeskanzler Adenauers wurde (1949) jene doppelte Absetzung ausgesprochen, die einen breiten Konsensus der Parteien ausdrückte: »Der Fortschritt gegenüber den Verhältnissen, die seit 1945 bei uns bestanden, auch gegenüber den Zuständen des Nationalsozialistischen Reichs, ist groß . . . Wir haben vor allem aber wieder den Schutz der Persönlichkeitsrechte. Niemand kann bei uns, wie das im nationalsozialistischen Reich der Fall war und wie es jetzt noch in weiten Teilen Deutschlands, in der Ostzone, zu unserem Bedauern der Fall ist, durch Geheime Staatspolizei oder ähnliche Einrichtungen der Freiheit und des Lebens beraubt werden. Diese Güter: Rechtsschutz, Schutz der persönlichen Freiheit, die wir lange Jahre nicht besaßen, sind so kostbar, daß wir trotz allem, was uns noch fehlt, uns darüber freuen müssen . . .«

Ziemlich unumstritten waren die meisten Grundprinzipien der Verfassung: Festschreibung und Sicherung gerichtlich einklagbarer Menschen- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, das Bundesverfassungsgericht, die konsequente Verwirklichung des parlamentarischen Repräsentationsprinzips, Parteienkonkurrenz und das Prinzip der konstruktiven Opposition, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht, die starke Exekutive. Autoritäre Alternativen wurden

ebensowenig ernsthaft verfochten wie radikaldemokratische. Umstritten waren Elternrechte und Bekenntnisschule sowie das Föderalismusproblem. Vor allem auf dieses bezogen sich die alliierten Einflußnahmen. Ein Streit um die Grundsätze der Sozialverfassung wäre unvermeidbar gewesen, hätte man sie nicht aus den Verfassungsverhandlungen weitgehend ausgeklammert. Man verzichtete auf ihre verfassungsrechtliche Fixierung. Das Grundgesetz war ja als Provisorium gemeint. Diese Auseinandersetzung würde man später führen. So dachte die Linke.

Die Politik der westlichen Alliierten, die sich an den Verhältnissen in ihren eigenen Ländern orientierten, wirkte flankierend: Zum Beispiel setzten die Angelsachsen die Neugründung einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung in Form von *Industrieverbänden* durch. Sie verhinderten damit eine von starken Kräften gewünschte, allgemeine, nur regional gegliederte Gewerkschaftsbewegung, die vermutlich weniger gut in das System des entstehenden parlamentarischen Parteienstaates gepaßt hätte.

Das Grundgesetz markiert einen bedeutsamen Neuanfang in der deutschen Geschichte. Es erwies sich als flexibel genug, um schnellen sozialen Wandel zu erlauben und im verfassungsmäßigen Rahmen zu halten. Es schließt auch noch viel tiefgreifende soziale Reformen nicht aus, wenn diese eine Mehrheit in der Bevölkerung finden und die weiten Grenzen der Verfassungsmäßigkeit respektieren.

7. Einen tiefen Bruch mit der historischen Kontinuität stellt schließlich die Teilung Deutschlands im Zusammenhang grundsätzlich veränderter internationaler Beziehung dar. Aus der Gemeinsamkeit des Kriegs gegen Hitlers Deutschland entwickelte sich bald zwischen den Siegern ein fundamentales Spannungsverhältnis, das sich aus der Gegensätzlichkeit ihrer gesellschaftlich-ideologischen Systeme und ihrer machtpolitischen Interessen mit gewisser Notwendigkeit ergab und sich allmählich zum Kalten Krieg steigerte. Deutschland war nur ein Schauplatz und ein Faktor in diesem sich weltweit entwickelnden, sich über lange Jahre hin dann immer wieder zuspitzenden Ost-West-Gegensatz.

Die Einheitlichkeit Rest-Deutschlands war zwar im Potsdamer Abkommen vom August 1945 noch vorgesehen; doch zunehmend wurde sie zur Fiktion. Zunächst sperrten sich die Franzosen aus nationalpolitischen und Sicherheitsinteressen gegen die Errichtung zentraler Verwaltungen für ganz Deutschland. Bald wirkten sich die unterschiedlichen Interessen der Mächte an deutschen Reparationen zentrifugal aus, verschiedenartige Interessen, die aus der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur der einzelnen Siegerländer und ihrer Besatzungszonen folgten. Von Anfang an verstanden die Alliierten Verschiedenes unter den Begriffen »Demokratisierung«

und »Entnazifizierung«, und sie verwirklichten diese gemeinsam erklärten Ziele auf ganz verschiedene Weise.

Die unter sowjetischem Einfluß zustande gekommene Zwangsverschmelzung von SPD und KPD in der Ostzone und die Weigerung der SPD unter Schumacher, diese Politik mitzumachen, spiegelten im Frühjahr 1946 bereits den sich entwickelnden prinzipiellen Ost-West-Gegensatz, und sie trugen erheblich zu der verschiedenartigen Partei- und Verfassungsentwicklung in West- und Ostdeutschland bei. 1947 hatten sich die weltpolitischen Strategien der beiden Weltmächte schon so verfestigt, daß wohl keine Chance mehr bestand, den deutschen Nationalstaat wieder zu errichten. Ob eine solche Chance überhaupt nach Kriegsende vorhanden war, bleibt umstritten.

Daß die internationale Konstellation und die Strategien der Großmächte die gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen in den Besatzungszonen zutiefst beeinflussten, wurde am Beispiel des amerikanischen Einflusses auf die Sozialisierungspolitik bereits erwähnt. Die Integration Westdeutschlands in das sich entwickelnde westliche Bündnissystem reduzierte die Chancen antikapitalistischer Strukturereformen, welcher Art auch immer, in den Westzonen außerordentlich. Die auf solche Strukturereformen drängenden westdeutschen Politiker, vor allem in der SPD, hielten denn auch energischer und länger als ihre gesellschaftspolitischen Gegner am Ziel eines vereinigten Gesamtdeutschlands zwischen den Machtblöcken fest. Je unerreichbarer dieses Ziel im sich ständig verengenden Spielraum des Kalten Krieges wurde, desto deutlicher votierte jedoch auch die SPD für einen freiheitlich-demokratischen Teilstaat mit Westbindung, wenn auch mit Betonung seines provisorischen Charakters und mit weiterreichenden gesellschaftspolitischen Veränderungsabsichten.

Auch die nicht-kommunistische Linke wäre, selbst wenn ihr die Politik der Besatzungsmächte mehr Spielraum gelassen hätte, keineswegs von ihrem grundsätzlichen Ja zur parlamentarischen Mehr-Parteien-Demokratie auch nur ein wenig abgerückt, um damit ihre national- und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen zu retten. Nationale Einheit und Sozialismus mit liberal-demokratischen Grundsätzen zu bezahlen, kam für keine Partei (ausgenommen die KPD) in Frage. Die Prioritäten waren und blieben da klar. Gerade die SPD hatte unter ihrem Sprecher und Vorsitzenden Kurt Schumacher seit 1945 keinen Zweifel an ihrer Abgrenzung vom diktatorischen Kommunismus sowjetischen Typs gelassen. Die noch lebendige Erinnerung an den alten Konflikt zwischen SPD und KPD vor 1933, das Wissen vom stalinistischen Terror, positive Erfahrungen im westlichen Exil und sehr bald die Betroffenheit durch kommunistische Zwangspolitik in der SBZ kamen zusammen

und erleichterten der SPD, an ihrem ohnehin starken freiheitlich-demokratischen Erbe festzuhalten. Die Gründung der Bundesrepublik fußte also auf einem sehr breiten Konsens, obwohl sie den schon eingetretenen Verlust der nationalen Einheit erst einmal festschrieb.

Auf den Verlust der nationalen Einheit hat man in Deutschland bisher nicht mit nationalistischem Protest reagiert. Zu sehr wirkte bisher der historische Anschauungsunterricht des Dritten Reiches nach, zu tief war die Diskreditierung nationalistischer Anschauungen. Zu kurz war vielleicht auch die Zeit gewesen, während der die Deutschen in einem Nationalstaat gelebt hatten. Keine fünfundsechzig Jahre war es 1945 her, daß ein kleindeutsches Reich durch das nun endgültig aufgelöste Preußen mit Gewalt zusammengefügt worden war. Die Alten des Jahres 1945 waren noch als Bürger Preußens oder Sachsens oder Württembergs geboren worden; sie hatten das Reich überlebt.

Durch den Krieg Hitlers, den Verlust deutschen Territoriums im Osten und die staatliche Teilung wurden die entstehenden beiden Teilstaaten endgültig aus der Spitzengruppe der Großmächte herauskatapultiert. Dies bedeutet Entlastung für eine Nation, die sich mit ihrer Großmachtrolle seit der Bismarckschen Reichsgründung sehr schwer getan hat und gerade durch Großmachtspolitik ihrer inneren Liberalisierung und Demokratisierung Steine in den Weg gelegt hat. Die weltpolitische Zweitrangigkeit der deutschen Staaten im Zeitalter der Supermächte USA und Sowjetunion wird man im Licht der historischen Erfahrung nur erleichtert zur Kenntnis nehmen können.

Aber auch wer den Nationalstaat nicht für die natürliche und ewig beste Organisationsform von Völkern hält, wird nicht übersehen dürfen, daß ein solcher Bruch der nationalstaatlichen Tradition, wie er Deutschland 1945 widerfuhr, eine langfristige Belastung darstellen kann, besonders da das Nationalstaatsprinzip weltweit keineswegs zum alten Eisen geworfen wird. Es ist nicht auszuschließen, daß es auch bei uns irgendwann neu entdeckt und zum Kern nationalistischer Forderungen wird – mit all den belastenden Folgen, die das für die Legitimität auch der Bundesrepublik, den Bestand ihrer Institutionen und den Frieden haben könnte. Und es ist sicher richtig, daß intakte nationale Traditionen, die hierzulande gebrochen und in Frage gestellt sind, manche innere Krise bewältigen helfen können. Erst in späterer historischer Rückschau wird man genauer beurteilen können, was der Verlust der nationalstaatlichen Einheit 1945 wirklich bedeutete.

V.
»Kapitalistische Restauration oder demokratischer Neubeginn?« hieß die Frage, von der dieser Aufsatz ausging. Im Ergebnis erweist sich das als falsche Alternative.

Im Westen konnte es gar nicht zu einer kapitalistischen Restauration kommen, weil die privatwirtschaftliche Grundstruktur 1945 gar nicht gestört oder tiefgreifend verändert wurde. Es ist richtiger, von kapitalistischer – und bürokratischer – Kontinuität zu sprechen. Zum ändern stehen kapitalistische Kontinuität und demokratischer Neubeginn nicht im Gegensatz zueinander; sie schließen sich nicht gegenseitig aus. Beides fand nebeneinander statt. Trotz jener fundamentalen Kontinuität des Wirtschaftssystems und der öffentlichen Bürokratie waren die Neuansätze und Kontinuitätsbrüche zahlreich und tief genug, um den durch totalitäre Diktatur, totalen Krieg, Zusammenbruch und Neuordnung bedingten Wendepunkt deutscher Geschichte von 1945 mindestens so tiefgreifend und folgenreich sein zu lassen wie die Wendepunkte 1933, 1918/19, 1870/71 und 1848.

Durch den bisher letzten Wendepunkt der deutschen Geschichte ist hierzulande zum ersten Mal ein fast »normales«, den westlichen Ländern sehr ähnliches liberal-demokratisches System – zunehmend mit sozialdemokratischen Zügen – entstanden. Es hat alle jene Probleme, die kapitalistisch-bürgerlichen *Industriegesellschaften* fortgeschrittenen Typs eigen sind: Probleme sozialer Ungleichheit und ihrer Infragestellung, Lenkungs- und Verteilungsprobleme bei nachlassendem Wachstum, Verweigerungsprobleme und Schwierigkeiten der Legitimation, langfristig die Belastung durch den Nord-Süd-Gegensatz und durch unbewältigte ökologische Probleme. Diese Schwierigkeiten teilt die Bundesrepublik mit den anderen westlichen Industriestaaten, wie auch die großen Vorzüge, die diesen Systemen im Vergleich zu allen anderen eigen sind.

Die für Deutschland *spezifischen* Belastungen der Demokratie, die hierzulande den Aufstieg und Sieg des Faschismus ermöglichten, scheinen abgeschwächt oder beseitigt zu sein. Das ist kein Grund, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen. Zu hoch war der Preis, zu groß waren die Opfer, die für die späte Emanzipation des größeren Teils Deutschlands gezahlt wurden, und zwar nicht nur von den Deutschen selbst. Und zum ändern bleibt ein großer Schuß Unsicherheit. Immer wieder erinnert unsere Gegenwart an die auf jeden Fall verblaßten, aber vielleicht doch nicht verschwundenen Schatten der Vergangenheit. Die irritierende Maßlosigkeit mancher Studentenproteste; manche Illiberalität beim Ausschluß sogenannter und wirklicher Radikaler aus dem öffentlichen Dienst; manche Überreaktion auf die Herausforderung politischer Gewalttäter – dies sind nur einige Beispiele aus der letzten Zeit. Einübung in

liberale Demokratie braucht Zeit, der große Test fand noch nicht statt, neue Traditionen entstehen nur langsam. Zudem bedeutet die Existenz zweier deutscher Staaten mit entgegengesetzten gesellschaftlichen und ideologischen Systemen erneut eine erschwerende Sonderbedingung, die kein anderes europäisches Land teilt. Die geschichtlichen Wendepunkte, die einem am nächsten sind, lassen sich am schwersten beurteilen.